

(Abgeordneter Krause [Lugau].)

(A) Ist es heute bei den allermeisten Gruben so, daß die vorhandenen Anlagen mit wenigen Ausnahmen bezahlt sind und die jetzt gemachten Gewinne als Geschenk in die Tasche gesteckt werden können.

Es ist auch nicht mit Unrecht, ich glaube, von dem Herrn Abgeordneten Schäfer, auf die Kohlenzehntenfrage aufmerksam gemacht worden. Wenn die Not im Bergbau tatsächlich eine solche ist und wenn wir die Überzeugung haben, daß durch bessere Bezahlung der Bergarbeiter die Förderung erhöht werden kann — und sie wird es —, dann sollte man keine Sekunde zögern, um das heute nicht mehr zeitgemäße Kohlenzehntenystem zu beseitigen. Es ist doch nur noch ein Geschenk an Leute, die nicht einmal den Finger dabei krumm zu machen brauchen. Bei diesem veralteten System sollte man auch endlich nicht mehr mit der Ausrede kommen, daß auch kleinere Leute beteiligt sind. Mit wenigen Ausnahmen sind es nur Leute, die außer diesem Kohlenzehnten recht gut leben können, und ich bitte die Regierung, ihr Augenmerk darauf zu richten, in Form einer Verordnung oder einer gesetzlichen Maßnahme das Kohlenzehntenystem möglichst schnell zu beseitigen, damit der unhaltbare Zustand verschwindet, daß Millionen jährlich an Leute bezahlt werden von den Geldern, die einesteils der Arbeiterschaft im Bergbau, andernteils der Allgemeinheit gehören. Das ist auch ein Mittel, um die Arbeitsfreudigkeit und damit gleichzeitig die Förderung im Bergbau zu heben.

(Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Dietel: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lange (Leipzig).

Abgeordneter Lange (Leipzig): Eine ganz kurze Wichtigstellung! Der Herr Kollege Drescher hat an der Stadt Leipzig, die eine Anzahl Ruxe von einem Bergwerk erworben hatte, eine Kritik geübt, die von einer unrichtigen Voraussetzung ausgeht. Einmal: Solange Kohlen rationiert werden, wird auch keine Kommune, die zufälligerweise an einer Grube beteiligt ist, deswegen mehr bekommen können als jeder andere. Zweitens: Von einem Profit kann gar keine Rede sein, die betreffende Grube hat

schon 1918 keine Ausbeute an Geld gegeben. Drittens: Die Übernahme dieser Anteile auf die Stadt bildet kein Hindernis für die Sozialisierung;

(Sehr richtig!)

denn es bleibt sich ganz gleich, ob es von der Privat-hand an die Allgemeinheit übergeht oder von einer Kommune auf eine größere Allgemeinheit übergeht. Ich halte es sogar für einen Schritt dazu. Leipzig ist ein ganzes Stück von Sachsen, es umfaßt den zwölften Teil der Einwohner und zahlt über 20 Prozent der Steuern. Dasselbe trifft auf Dresden zu. Wenn derart große Landesteile sich an solchen Bodenschätzen Anteile gesichert haben, so ist das absolut keine Gefährdung für die weitere Entwicklung und die Sozialisierung an sich.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Dietel: Die Aussprache ist geschlossen. Der Herr Abgeordnete Posern verzichtet auf das Schlußwort.

(Bravo!)

In bezug auf die Interpellationen beendete es bei der Aussprache. Über den Antrag Posern kommen wir zur Abstimmung.

Ich frage:

Will die Kammer beschließen: die Regierung zu ersuchen, schleunigst Maßnahmen vorzubereiten, damit nach Friedensschluß

1. Rohstoffe aus dem Auslande der Industrie und dem gewerblichen Mittelstande ohne Verzug zu angemessenen Bedingungen zugeführt werden,
2. die Versorgung der industriellen und gewerblichen Unternehmungen mit Kohlen und Betriebsstoffen dauernd sichergestellt wird?

Einstimmig.

Die Tagesordnung für morgen ist bereits verkündet.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr 4 Minuten nachmittags.)

Druck von B. G. Teubner in Dresden.

Sezte Absendung zur Post: am 12. März 1919.

(1. Abonnement.)

34